

10 PUNKTE ZUM THEMA „BUNDESLAND FREISTAAT PREUSSEN“

Gedanken von Carsten und Dirk Pinnow, Berlin (2002)

1. Neugründung

Das Bundesland „Freistaat Preußen“ (bestehend aus dem Gebiet des Landes Brandenburg, der Bundeshauptstadt Berlin – ggf. erweitert um Vorpommern und Teile Sachsen-Anhalts) sollte formal als Neugründung entstehen – eine rückwärtsgewandte, juristisch spitzfindige Verfahrensweise etwa durch Revision des alliierten Auflösungsbeschlusses wäre ein schwerer Geburtsfehler des neuen Bundeslandes.

Das Ziel heißt aber **Zukunftsfähigkeit**.

2. Ungeteilte Übernahme des Erbes

Der neue „Freistaat Preußen“ würde als Erbe des von den neuen „Regierungsbezirken“ Berlin und Brandenburg verwalteten preußischen Kulturgutes ohnehin kulturhistorisch in die Nachfolge des historischen Preußen' eintreten – nunmehr aber erweitert um die Erfahrungen des Verlustes aufgrund menschlichen Irrsinns in den Jahren 1933-1945 und 1945-1989 sowie der Teilung der Deutschen Hauptstadt nebst der schwierigen Selbstfindung Berlins und Brandenburgs nach der Wiedervereinigung.

Es kann und darf kein Zurück geben: Die Geschichte Berlins und Brandenburgs in den letzten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts werden Teil des Erbes des neuen Bundeslandes sein und dürfen nicht weggewischt werden. Die **Kooperation** mit allen europäischen Gemeinwesen, die Miterben preußischer Kulturgeschichte sind, kommt größte friedensstiftende, zukunftsorientierte Bedeutung zu; insbesondere sind hier die heutigen westpolnischen Gebiete und das russische Nord-Ostpreußen zu nennen, aber auch andere Bundesländer (z.B. NRW).

3. Selbstverständnis

Der neue „Freistaat Preußen“ als Gebietskörperschaft wird zu einer **Materialisierung preußischer Prinzipien** (Kants Kategorischer Imperativ, Demut, kritisches Pflichtbewußtsein sowie Bereitschaft zum Widerstand gegen Unvernunft und Terror, Beharrlichkeit, Toleranz und Gastfreundschaft, Sparsamkeit).

4. Verpflichtung und Aufgabe

Der neue „Freistaat Preußen“ muß ein Bollwerk gegen jeglichen Extremismus sein und Neubürgern ein lebenswertes Umfeld bieten; der bis heute anhaltenden demographischen Katastrophe, insbesondere in Brandenburg, kann allein durch Attraktivität für gut ausgebildete, leistungswillige Zuzügler gewehrt werden.

Einwanderer haben seinerzeit Preußens Modernisierung maßgeblich mitgestaltet. Die heutige Situation im „Informationszeitalter“ ist prinzipiell gar nicht so verschieden von damals. Daher muß den absurden, rückwärts orientierten politischen Ansichten („Internationale Gutmenschen-Wärmehalle für Dauer-Sozialfälle“ versus „Wagenburg für mentale Inzucht“) durch eine vernünftige, zukunftsorientierte Politik begegnet werden, die die Bundesländer und somit Deutschland insgesamt nachhaltig an die Leistungsspitze in Wissenschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft bringt. Es ist geradezu Deutschlands Aufgabe, in Europa **Schrittmacher** und nicht Bremser zu sein – wer sonst könnte eine um ost- und südosteuropäische Länder erweiterte EU zu einem ernstzunehmenden Wettbewerber etwa mit der NAFTA machen? Daher ist der derzeitige mentale, politische und wirtschaftliche Mißstand in und um die Deutsche Hauptstadt herum fatal und potentielle Quelle von Gefahren für den inneren und äußeren Frieden. Die Erfahrungen gerade der Zeit der ersten deutschen Reupblik sollten ständige Warnung sein, wie schnell historische Chancen verspielt werden können.

5. Preußen im vereinten Europa

„Berlin ist unsere Heimat, Preußen unsere Kultur, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.“ In diesem Sinne möge der „Freistaat Preußen“ sinngebend tätig werden und engagiert die europäische Vereinigung vorantreiben, so daß die zahlreichen Chancen der Globalisierung genutzt, deren Risiken aber begrenzt werden können.

Es gilt, ein transparentes, stabiles System aus Kommunen, Ländern, Nationalstaaten und der Europäischen Union zu etablieren – nur ein starkes Europa, das auf selbstbewußten Nationen mit leistungsfähigen Regionen und kultureichen Gemeinden aufbaut, kann im Konzert der großen Kultur- und Wirtschaftsräume auf Dauer bestehen. Das vereinigte Europa muß weltweit verantwortungs- und machtvoll einen Führungsanspruch durchsetzen können; ein Abkapseln von der Welt ist nicht möglich. Neben starken gemeinschaftlichen Organen kann diese notwendige Stärke nur aus der Kraft und dem Reichtum der Teil-Gebietskörperschaften erwachsen. Dies meint eben gerade nicht destruktiven Größenwahn, sondern **Einnahme einer Verantwortungsposition**. Gerade die Geschichte Deutschlands verpflichtet zu einer aktiven Gestaltung der Weltpolitik – eine Flucht aus der Verantwortung kann es nicht geben.

6. Image

Mit „Preußen“ werden häufig Begriffe wie „Disziplin“, „Askese“, „Kargheit“ oder gar „Militarismus“ in Verbindung gebracht. Der neue „Freistaat Preußen“ sollte zeigen, daß **Pflichtverständnis und Disziplin einerseits, Lebensfreude und Lebensart andererseits** sich nicht ausschließen.

Gerade die Beschäftigung mit dem kurfürstlichen Brandenburg zeigt, daß man in dieser Gegend durchaus zu ausschweifender Lebensweise fähig war, weshalb das daraus hervorgegangene damalige Preußen durch seinen Fokus auf Effizienz und Effektivität zwangsläufig als scharfer Kontrast erschien. Förderlich wäre die Erforschung preußischer Geschichte zur Freilegung verschütteten Brauchtums, ebenso aber auch der in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts entstandenen Alltagskultur im West- und Ostteil Berlins sowie auch in Brandenburg als Teil des

Gesamterbes. So gehört zur Alltagskultur Berlins (bis 1990 insbesondere im Westteil) auch der kulturelle Einfluß von „Gastarbeitern“ und fremdem Militär.

7. Soziale Marktwirtschaft

„Zur Sozialen Marktwirtschaft gibt es keine humane Alternative“ – diese Erkenntnis aus der Nachkriegsentwicklung West-Deutschlands ist dauerhafte Verpflichtung gerade im 21. Jahrhundert.

Ein Blick auf die tatsächlichen Gegebenheiten zeigt, daß die Soziale Marktwirtschaft noch längst nicht im Bewußtsein aller etabliert ist und wachsende Bürokratie und Staatswirtschaft auch im wiedervereinigten Deutschland ihr schärfster Feind sind. **Leistung muß sich lohnen, Verelendung vorgebeugt werden!** Somit ist es vornehmste Aufgabe des Staates, durch ein transparentes soziales Netz vorübergehend bedürftigen Menschen einen Anschub zur Wiederaufnahme einer eigenverantwortlichen Tätigkeit zu geben. Beispiele aus anderen Ländern (z.B. Niederlande, Provinz Limburg) können hierzu hilfreich sein. Subventionen, Steuern und Abgaben sind zu senken, Eigenleistungen für die Gemeinschaft zu stärken. „Sparen“ im besten kaufmännischen Sinne meint Vermögensbildung und nicht allein die Reduzierung von Verschwendung. Gerade in schwierigen Zeiten ist antizyklisches Denken gefragt, müssen vermögensbildende Maßnahmen initiiert werden, die eine Investition in die Zukunft darstellen. Dazu gehört insbesondere die Aus- und Weiterbildung. Investitionen, die auf Dauer angelegtes Vermögen im Sinne von Infrastruktur und Wissen schaffen, dürfen durchaus auch über Kredite der kommenden Generationen finanziert werden, weil diese den Nutzen daraus ziehen werden. Verwerflich hingegen ist es, laufende Staatsausgaben („Betriebsausgaben“) über ungefragte Darlehen der Kinder und Kindeskiner zu bestreiten, weil hier die Vergangenheit zu Lasten der Zukunft als Schmarotzer auftritt.

8. Verankerung im Westen

Das Selbstverständnis Deutschlands als „westliches“ Land steht nicht zur Disposition. Gerade die Akzeptanzprobleme einiger Bürger aus den „neuen Bundesländern“ mit dem westlichen Menschenbild (Eigenverantwortung statt staatlicher Gängelei, Ablehnung von Rache- und Gesinnungsjustiz usw.) zeigen, daß Deutschlands Verankerung im Westen noch längst nicht abgeschlossen ist.

Zudem steht zu befürchten, daß auch im Westen Deutschlands das bisherige Leben in einer „Schönwetter-Wirtschaftswunder-Demokratie“ mehr Schein als Sein hervorgebracht hat und die demokratische Gesinnung der Menschen vor allem angesichts der vielfältigen kommenden Zumutungen noch keineswegs verlässlich gesichert ist. Ein mentales Pendeln Deutschlands aber darf es nie wieder geben; vielmehr gilt es, die Mitte Europas als ein selbstbewußtes, von Verantwortung geleitetes Abendland machtvoll einzunehmen und aktiv als **Mittler zwischen „West und Ost“, „Nord und Süd“** aufzutreten.

9. Tandem „Berlin – Potsdam“

Zwischen Potsdam als Regierungssitz und Berlin als Hauptstadt des „Freistaates Preußen“ ist eine **gerechte Arbeitsteilung** anzustreben.

Das Parlament möge im Gebäude des Abgeordnetenhauses von Berlin (Preußischer Landtag) untergebracht werden; ansonsten fungiert Berlin – als Metropole im Herzen des Bundeslandes – vor allem als kulturelle Hauptstadt. Potsdam sollte vorrangig Sitz der Ministerien sein, weil eine gewisse räumliche Distanz und Abgeschiedenheit gegenüber den Bundesbehörden geboten ist.

10. Subsidiarität

Dem strikten Subsidiaritätsprinzip folgend wären die Kompetenzen zu verteilen: Der Berliner Magistrat im „Regierungsbezirk Berlin“ hätte kommunale und regionale Interessen der Berliner Bevölkerung gegenüber Freistaat und Bund zu vertreten, während die Brandenburger Regionalinteressen durch eine eigene Regierung gewahrt werden (prinzipiell ähnlich dem Freistaat Bayern). Sonstige Landeseinrichtungen könnten und sollten durchaus auch auf **Subzentren im Land** verteilt werden.

Epilog

„Jede Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied“ – eine Erkenntnis, die sich auf jedes Bundesland, auf jeden Nationalstaat und gar auf die Europäische Union übertragen läßt.

„Stärke“ meint hier **Entwicklungspotential**; es geht um die Schaffung gerechter Chancen, nicht jedoch um eine Gleichmacherei oder Gleichheit am Ziel. Grundwerte, fairer Wettbewerb und Vielfalt sind die Stärken Europas.